

## AntragstellerIn:

StuRa-Präsidium

## Antragsinhalt:

Der Studierendenrat möge beschließen,  
die Geschäftsordnung (GO) des Studierendenrates wie folgt zu ändern:

- §1 Abs. 2 Sätze 3 und 4 sollen in einen neuen §1 Abs. 3 überführt werden.
- In §3 Abs. 1 Satz 2 soll „jede und jeder“ zu „jede\*r“ geändert werden.
- In §3 Abs. 4 sollen die Sätze 2 und 3 ersatzlos gestrichen werden.
- In §3 Abs. 5 einen neuen Satz 3 einzufügen mit folgendem Wortlaut: „Letzteres genießt Vorrang.“
- §3 Abs. 8ff sollen wie folgt neugefasst werden:  
„Die Mitglieder übermitteln ihre Abstimmungsergebnisse durch Einreichen einer ausgefüllten Abstimmungsübersicht. Findet an diesem Tag eine Sitzung statt, müssen die Abstimmungsergebnisse bis zum Ende der jeweiligen Sitzung eingegangen sein. Die Abstimmungsergebnisse können auch von den Stellvertreter\*innen übermittelt werden. Alternativ können Abstimmungsübersichten, die über ein Mailkonto nach §5 eingehen, statt mit einer Unterschrift mit einem gültigen Protokoll der Fachbereichssitzung, das die jeweils getroffenen Entscheidungen bestätigt, eingereicht werden. Bei Initiativen muss dieser Nachweis aufgrund ihres freien Mandats nicht erfolgen.“ Absatz 9 entfällt dementsprechend. Der aktuelle Satz 5 soll als neuer Absatz 9 ausgegliedert werden. Der aktuelle Satz 6 soll als neuer Absatz 10 ausgegliedert werden.
- In §4 Abs. 4 soll „§3 Abs. 5“ zu „§3 Abs. 6“ angepasst werden.
- In §8 Abs. 2 soll „gemäß §3 (3)“ gestrichen werden.
- §8 Abs. 3 soll wie folgt neugefasst werden:  
„Außerordentliche Abstimmungsverfahren werden durch Verfahrens Antrag (Kapitel 3) beantragt. Der Antrag ist zu begründen. Sprechen sich Mitglieder mit 12 Stimmen gegen ein rein schriftliches Verfahren (bspw. Umlaufverfahren oder Abstimmung außerhalb einer Sitzung) aus, darf dieses nicht angewandt werden. Der Widerspruch ist innerhalb einer Woche nach Versand der Niederschrift einzureichen.“
- In §10 Abs. 1 soll „§ 3 Abs. 4“ zu „§3 Abs. 5“ geändert werden.
- In §10 Abs. 3 sind folgende Punkte zu korrigieren:

- „Antrag auf ein außerordentliches Abstimmungsverfahren. Soweit §8 Regelungen trifft, gehen diese denen des §10 vor.“
- „Antrag auf Verlängerung der Abstimmungsfrist (§3 Abs. 10).“
- In §11 Abs. 1 sind folgende Punkte zu korrigieren:
  - „der Vergabe der Stellwände an Hochschulgruppen und Studierendeninitiativen gemäß Stellwandvergabeordnung,
  - der Besetzung der Stellen der Studierendenschaft,
  - der Wahl der Mitarbeiter\*innen der Fahrradwerkstatt“
- In §11 Abs. 1 ist folgender Punkt zu ergänzen
  - „und die Wahl der Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses, der dezentralen Wahlausschüsse und der erforderlichen Wahlhelfer\*innen nach §4 Abs. 2 der Wahl- und Urabstimmungsordnung.“

## **Begründung:**

Bei der letzten Geschäftsordnungsrevision sind vor allem Bezüge und Verweise verrutscht, dies wird mit der vorliegenden Revision korrigiert. Im Wesentlichen handelt es sich bei dem vorliegenden Antrag um Schönheitskorrekturen, Neustrukturierungen und formalen Anpassungen. Jedoch werden (vorbehaltlich der Wiedereröffnung der Beschlusslage durch den StuRa) einige Anpassungen vorgenommen zu inhaltlichen Änderungen der letzten GO-Revision, die sich bereits jetzt als unpraktikabel erwiesen haben.

- §1 Abs. 2 Sätze 3 und 4 sollen in einen neuen §1 Abs. 3 überführt werden.

Redaktionelle Änderung. Durch die Änderung wird Abs. 2 die Bestimmungen für Finanzanträge enthalten und Abs. 3 die Antragsfristen.

- In §3 Abs. 1 Satz 2 soll „jede und jeder“ zu „jede\*r“ geändert werden.

Redaktionelle Änderung. Vereinheitlichung: Überall sonst in der GO wird mit Gendersternchen gegendert.

- In §3 Abs. 4 sollen die Sätze 2 und 3 ersatzlos gestrichen werden.

Diese Regelung ist hier nicht an der richtigen Stelle, zumal §8 Abs. 2 Eilanträge regelt. Die Aufnahme eines Antrags in die Tagesordnung bedeutet zumal nicht gleichzeitig einen Antrag auf Eilabstimmung. Die Doppelung soll demnach beseitigt werden.

- In §3 Abs. 5 einen neuen Satz 3 einzufügen mit folgendem Wortlaut: „Letzteres genießt Vorrang.“

Es gab bereits vermehrt Meinungsverschiedenheiten, wie dieser Absatz auszulegen sei und welche der beiden Regeln vorrangig sei, dies wollen wir hiermit klären. Durch die Änderung sollen Frauen auch dann vorquотиert werden können, wenn sich weiterhin männliche Erstredner melden. Dies war bisher bereits schon die Auslegung des Präsidiums, soll nun jedoch auch konkretisiert

werden.

- §3 Abs. 8ff sollen wie folgt neugefasst werden:  
„Die Mitglieder übermitteln ihre Abstimmungsergebnisse durch Einreichen einer ausgefüllten Abstimmungsübersicht. Findet an diesem Tag eine Sitzung statt, müssen die Abstimmungsergebnisse bis zum Ende der jeweiligen Sitzung eingegangen sein. Die Abstimmungsergebnisse können auch von den Stellvertreter\*innen übermittelt werden. Alternativ können Abstimmungsübersichten, die über ein Mailkonto nach §5 eingehen, statt mit einer Unterschrift mit einem gültigen Protokoll der Fachbereichssitzung, das die jeweils getroffenen Entscheidungen bestätigt, eingereicht werden. Bei Initiativen muss dieser Nachweis aufgrund ihres freien Mandats nicht erfolgen.“ Absatz 9 entfällt dementsprechend. Der aktuelle Satz 5 soll als neuer Absatz 9 ausgegliedert werden. Der aktuelle Satz 6 soll als neuer Absatz 10 ausgegliedert werden.

Hierbei handelt es sich um eine (aus unserer Sicht sinnvolle) Neugliederung der entsprechenden Absätze. Es macht wenig Sinn die aktuellen Absätze 8 und 9 zu trennen. Die Änderung in Abs. 8 Satz 1 entspricht den Bestimmungen des aktuellen Absatz 9. Satz 3 soll gestrichen werden, da er sich im Wintersemester als wenig hilfreich oder sinnvoll erwiesen hat, dadurch entsteht eine höhere Handlungsfreiheit, die auch zur Beschlussfähigkeit führen kann. Die abschließenden Ausgliederungen sollen den Paragraphen übersichtlicher halten.

- In §4 Abs. 4 soll „§ 3 Abs. 5“ zu „§3 Abs. 6“ angepasst werden.

Redaktionelle Änderung: Der Verweis macht aktuell keinen Sinn; das liegt an der letzten Änderung der Geschäftsordnung.

- In §8 Abs. 2 soll „gemäß §3 (3)“ gestrichen werden.

Der Verweis ist durch die letzte Änderung der Geschäftsordnung hinfällig geworden und verweist demnach auf den falschen Absatz. Durch die Streichung von §3 Abs. 4 Sätze 2 und 3 (siehe oben) entfällt der Verweis gänzlich.

- §8 Abs. 3 soll wie folgt neugefasst werden:  
„Außerordentliche Abstimmungsverfahren werden durch Verfahrens Antrag (Kapitel 3) beantragt. Der Antrag ist zu begründen. Sprechen sich Mitglieder mit 12 Stimmen gegen ein rein schriftliches Verfahren (bspw. Umlaufverfahren oder Abstimmung außerhalb einer Sitzung) aus, darf dieses nicht angewandt werden. Der Widerspruch ist innerhalb einer Woche nach Versand der Niederschrift einzureichen.“

Der aktuelle Absatz hat bereits mehrfach zu Verwirrung geführt. Dies ist somit ein Vorschlag, den Absatz zu präzisieren, indem durch Beispiele klargestellt werden soll, was „rein schriftliche Verfahren“ sind.

- In §10 Abs. 1 soll „§ 3 Abs. 4“ zu „§3 Abs. 5“ geändert werden.

Redaktionelle Änderung: Der Verweis macht aktuell keinen Sinn; das liegt an der letzten Änderung der Geschäftsordnung.

- In §10 Abs. 3 sind folgende Punkte zu korrigieren:
  - „Antrag auf ein außerordentliches Abstimmungsverfahren. Soweit §8 Regelungen trifft, gehen diese denen des §10 vor.“
  - „Antrag auf Verlängerung der Abstimmungsfrist (§3 Abs. 10).“

Rein redaktionelle Änderungen: Vereinheitlichung des Schriftbildes und Anpassung eines Verweises.

- In §11 Abs. 1 sind folgende Punkte zu korrigieren:
  - „der Vergabe der Stellwände an Hochschulgruppen und Studierendeninitiativen gemäß Stellwandvergabeordnung,
  - der Besetzung der Stellen der Studierendenschaft und
  - der Wahl der Mitarbeiter\*innen der Fahrradwerkstatt.“

Rein redaktionelle Änderung: Sprachliche Korrektur.

- In §11 Abs. 1 ist folgender Punkt zu ergänzen
  - „und die Wahl der Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses, der dezentralen Wahlausschüsse und der erforderlichen Wahlhelfer\*innen nach §4 Abs. 2 der Wahl- und Urabstimmungsordnung.“

In §4 Abs. 2 der Wahl- und Urabstimmungsordnung ist festgehalten:

„Der AStA wählt die Mitglieder der dezentralen Wahlausschüsse sowie des Wahlprüfungsausschusses und die erforderlichen Wahlhelfer\*innen aus dem Kreis der Studierenden. Er verpflichtet sie schriftlich auf die gewissenhafte und unparteiische Erledigung ihrer Aufgaben.“

Die Kompetenzen des AStA sind jedoch nach §11 Nr. 2 und §18 Abs. 1 der Organisationssatzung der Verfassten Studierendenschaft in der Geschäftsordnung des Studierendenrates zu regeln. Diese formal bestehende Regelungslücke wird hiermit geschlossen.